

## Because we care! Solidarity City als „Platz für Sorge“

Der erste Solidarity Newsletter in gedruckter Form. Zum Anlass der Kampagne „Platz für Sorge“ bringen wir gemeinsam mit zahlreichen aktiven Gruppen und Einzelpersonen einen Newsletter heraus, den du rund um den Frauenkampftag am 8. März 2021 in Papierversion und auch digital erhalten kannst. Care-Arbeit, und vor allem die Menschen, die sie leisten, brauchen ganz besonders unsere Aufmerksamkeit, wenn wir versuchen, eine solidarische Stadt aufzubauen.

### Care-Arbeit

CARE-Arbeit bedeutet pflegen und sich kümmern. Der Begriff wurde in den 1990ern von feministischen Bewegungen im englischsprachigen Raum geprägt, um auf die Problematik rund um die Reproduktionsarbeit aufmerksam zu machen. Care-Tätigkeiten werden nach wie vor im Gesundheits- und Pflegesektor sowie im sozialen Bereich von Frauen ausgeübt, oft von Migrantin-

nen. Care-Arbeitende sind dabei oft mehrfach von Ungleichheit betroffen: sie werden nicht oder schlecht bezahlt, müssen zu schlechten Bedingungen arbeiten, oft in langen Schichten und unterbesetzt. Gerade in der häuslichen Pflege sind sie oft betroffen von Ausbeutung in illegalen Arbeitsverhältnissen: Ihnen werden Rechte wie Urlaub, regelmäßige Pausen, bezahlte Krankheitstage sowie das Recht, sich in einer Gewerkschaft zu organisieren, nicht

gewährt. Care-Arbeitende wollen, dass es den Menschen, um die sie sich kümmern, gut geht. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, die das ermöglichen. Care-Arbeit bleibt Schwerstarbeit und sollte auch dementsprechend anerkannt und entlohnt werden.

### Sans-Papiers

Illegalisierte haben keinen Zugang zur regulären staatlichen Gesundheitsversorgung, sie sind im Krankheitsfall oder bei Schwangerschaft und Geburt auf ehrenamtliche Angebote wie das Medinetz angewiesen. Hier leisten Freiwillige die notwendige Care-Arbeit kostenfrei, weil der Staat eine Versorgungslücke lässt.

### Die Rede von der Solidarität

Das solidarische Handeln vieler Ehrenamtlicher hilft Menschen Tag für Tag, nicht nur zur Pandemiezeit. Oft geht es tatsächlich um die grundlegende Versorgung wie Arztbesuche, eine sichere Unterkunft, rechtliche Hilfe, Unterstützung im Ämterwirrwarr usw. Doch viele Aktive sind es inzwischen leid, als kostenlose Lückenfüller\*innen behandelt und als barmherzige Samariter\*innen gefeiert zu werden. Menschen fallen Tag für Tag durch das soziale Netz. Dieses Problem ist strukturell – und es hat System.



## Der richtige Beruf im falschen System

Von Imke Pirch

Careberufe benötigen Zeit, weil es in der Regel um Beziehungsarbeit und somit um Kommunikation geht. Werden diese Berufe auf Effizienz getrimmt, müssen Einbußen in der Qualität hingenommen werden. Die Pflege ist aber einer der Berufe, der eben davon betroffen ist.

Seit der Einführung der Fallpauschalen 2004 zur Finanzierung der Krankenhäuser herrscht massive Arbeitsverdichtung. Immer mehr Patientinnen und Patienten, verteilt auf immer weniger Betten.

Es müssen Abstriche oder Überstunden gemacht werden. Wie es auch in anderen sozialen Berufen der Fall ist, so arbeiten auch in der Pflege viele Menschen, die diesen Beruf aus idealen Motiven ausüben. Ihre Ansprüche an ihre Ar-

beit sind hoch, denn es geht um die Versorgung von Menschen, es geht um die Gesundheit von Mitmenschen. Anstatt Abstriche zu machen, werden also Überstunden gemacht. Die Arbeit, welche anfällt, um den Beruf so auszuüben, wie es den Ansprüchen der Pflegenden und den Bedürfnissen der Patient:inne entspricht, ist quasi nicht zu bewältigen. Der Frust darüber macht müde! Und die Arbeitsverdichtung verursacht einen dauerhaft erhöhten Stresspegel. Frust, Stress und ein Gehalt, welches nicht der Verantwortung, die getragen wird, angemessen ist.

Deswegen reicht es nicht zu fordern, dass Pflegenden mehr Gehalt bekommen müssen. Das System muss geändert werden, damit der Beruf der Pflege nicht in seinen wesentlichen Eigenschaften beschnitten wird. **Fortsetzung Seite 11**

### Solidarity City

Solidarity City ist das alltägliche einander Aushelfen. Sie entfaltet ihre besondere Kraft dort, wo Menschen sich organisieren und vernetzen. Und sie bietet Ansätze und pragmatische Visionen zur Bekämpfung von Ungerechtigkeiten. Die Solidarity City, von der wir sprechen, ist schon da, in all unseren Initiativen und Gruppen, in der alltäglichen solidarischen Praxis. Sie ist verstreut über das gesamte Stadtgebiet und oft beschäftigen sich viele mit denselben Problemen, doch sie wissen nichts voneinander. Das wollen wir ändern. Denn viele Ehrenamtliche sind durch ihren alltäglichen Einsatz zu Expert\*innen geworden. Was fehlt, ist eine gemeinsame politische Artikulation. Solidarity City strebt nach einer konzertierten Aktion gegen Ungleichheit. Mit der Kampagne „Platz für Sorge“ tun wir dafür einen Schritt.

**Viel Spaß mit unserem Newsletter!**  
Euer Solidarity-City-Redaktionsteam

# Der Freiburger anonymisierte Behandlungsschein (FRABS)

Von **Tilman Reblitz, MediNetz Freiburg**

Aktuell betreibt MediNetz Freiburg das Projekt eines anonymisierten Behandlungsscheines für Freiburg. Angelehnt an die bereits bestehenden Erfahrungen mit einem anonymisierten Krankenschein (AKS) im Rahmen eines Modellprojekts in Niedersachsen sowie dem AKS Thüringen, der seit 2019 betrieben wird und dem lokalen Projekt eines AKS in Leipzig haben wir für den Freiburger Doppelhaushalt 2021/2022 eine Projektfinanzierung beantragt.

Während von MediNetz schwerpunktmäßig papierlose Migrantinnen und Migranten in eine medizinische Behandlung vermittelt werden, ist das **Projekt des FRABS für alle Nicht-Versicherten in Freiburg konzipiert, also auch Menschen aus EU- und Nicht-EU-Ländern und Deutsche**, die aus verschiedenen Gründen nicht versichert sind.

In 2–3 Sprechstunden pro Woche sollen Betroffene sich mit ihren gesundheitlichen Problemen vorstellen können. Zunächst kann im Rahmen eines Clearings geklärt werden, ob es Möglichkeiten einer Kostenübernahme oder einer Krankenversicherung gibt. Ist dies nicht der Fall, wird nach der ärztlichen Feststellung der Behandlungsbedürftigkeit ein anonymisierte Behandlungsschein ausgestellt. Mit diesem ist eine Vorstellung bei den jeweiligen Allgemein- oder Fachärzt\*innen möglich. Die erbrachten medizinischen Leistungen werden dann wiederum mit der Beratungsstelle abgerechnet.

Als Träger ist die Gründung des gemeinnützigen Vereins FRABS e. V. vorgesehen. Die beantragten Gelder umfassen für die Stellenfinanzierung 119.000 € (2 x 19,25 h, Ärztin/Arzt

8 h, Verwaltungsfachkraft 10 h und Projektkoordination 16 h), für laufende Kosten wie Mieten und Büro-/Verwaltungskosten 18.000 € und für die medizinische Behandlung 118.000 € jährlich. Rund die Hälfte der beantragten Summe muss also aufgewendet werden, um eine Infrastruktur zu schaffen, damit die Behandlungen möglich werden, die den Betroffenen eigentlich sowieso zustehen. Gespräche mit bestehenden



Projekten und Organisationen sind vorgesehen, um Synergieeffekte nutzen zu können, inhaltlich Kooperationen zu ermöglichen und das Projekt zu vernetzen.


**Die Idee des Projektes gründet auf dem Grundgedanken einer offenen solidarischen Gesellschaft, wie er auch durch Initiativen wie dem Rasthaus als verfolgungsfreiem Raum und der Bewegung Solidarity City repräsentiert wird.**

Im Widerspruch zur allerorten propagierten Willkommenskultur, Integration, Multikulturalität und offenen Gesellschaft zementiert die deutsche Gesetzgebung und Verwaltungspraxis die Ungleichbehandlung, Ausgrenzung, Abwertung und Kriminalisierung von Migrantinnen und Migranten.

**Durch das Regelwerk des Asylbewerberleistungsgesetzes wird z. B. das Grund- und Menschenrecht auf Gesundheit unterlaufen.** Im Krankheitsfall entscheiden Sachbearbeiter\*innen darüber, ob eine Behandlung übernommen wird. Papierlose sind aus Angst vor Abschiebung als Bittsteller\*innen auf das Wohlwollen der Behandelnden angewiesen, obwohl sie eigentlich ein Recht auf Behandlung haben.

Mit dem anonymisierten Behandlungsschein soll den Betroffenen Würde zurückgegeben werden. Die Gesundheit aller Menschen in Freiburg soll wieder als Recht etabliert und die Verantwortung hierfür als gesellschaftliche Verpflichtung wahrgenommen werden. Aktuell sind wir im Gespräch mit verschiedenen Gemeinderatsfraktionen, um Unterstützung für unseren Antrag zu bekommen. Außerdem haben wir das Projekt in den Beteiligungshaushalt eingebracht, wo wir durch viele Likes die vierthöchste Zustimmung erhalten haben.

**Wir hoffen, dass durch die Einführung des FRABS der Zugang zur Gesundheitsversorgung für viele verbessert wird. Unabhängig davon bleiben die politischen Rahmenbedingungen aber leider unverändert, daher sehen wir weiterhin die Notwendigkeit für die Arbeit des MediNetz.**



Wir sind ein Verein, der sich seit 10 Jahren für eine ambulante Krisenbegleitung für Menschen in schweren psychischen Krisen engagiert. Wir machen in kleinem Umfang Krisenbegleitungen (Spaziergänge, Besuche zuhause, Kaffeetrinken gehen, etc.) und haben uns massiv auf stadtpolitischer Ebene dafür stark gemacht, dass ein offizieller, ambulanter Krisendienst eingerichtet wird - dieser wird jetzt voraussichtlich wirklich in diesem Jahr starten.

Des weiteren haben wir eine Fortbildung in 'Offenem Dialog' für 30 Menschen in Freiburg organisiert, die dieses Frühjahr zu Ende geht, so dass es dann ca. 20 Ausgebildete (die übrigen kommen aus anderen Regionen) in Stadt und Umkreis gibt. Schon jetzt führen wir mit vier bereits in dieser Methode Ausgebildeten sogenannte Netzwerkgespräche durch, in denen die betroffene Person mit ihrem sozialen Netzwerk begleitet wird. Wir sind - wie die meisten Organisationen - permanent zu wenig Leute, dafür aber um so beharrlicher ;-)

**Hinweis: Am 19.03. um 18:00 Uhr bieten wir für Interessierte an unserer Arbeit zum Kennenlernen eine Video-Konferenz an.** Zur Teilnahme an der BigBlueButton-basierten Video-Konferenz wird ein Chromium-basierter Browser empfohlen. Mehr dazu hier: <https://ask-freiburg.net/>

## Mitmachen bei der Initiative Solidarity City



Zurzeit treffen wir uns regelmäßig dienstags online in den ungeraden Wochen ab 19 Uhr. Jede und jeder kann ohne Vorwissen bei der Initiative Solidarity City Freiburg einsteigen.

Mehr Informationen und bereits veröffentlichte Newsletter sind hier zu finden: <https://solidarity-city.eu>  
<https://www.freiburger-forum.net>  
[freiburg@solidarity-city.eu](mailto:freiburg@solidarity-city.eu)

# Zusammen etwas bewegen in der Altenpflege

Von Matthias Neumann, Care Revolution

Es ist leicht zu unterschätzen, wie viele Menschen das Thema Altenpflege ganz unmittelbar betrifft. **Ende 2019 waren in Deutschland 4,1 Millionen Menschen pflegebedürftig in dem Sinn, dass ihnen ein Pflegegrad zugeordnet ist. 80 % von ihnen, 3,3 Millionen, wurden zu Hause betreut.** Mehrheitlich geschieht das ausschließlich durch Angehörige, oft auch mit Unterstützung durch Angestellte ambulanter Dienste oder mit im Haushalt lebenden migrantischen Betreuer\_innen, schlecht entlohnt und ohne soziale Absicherung. **820.000 Pflegebedürftige leben in stationären Heimen. Dabei arbeiteten in ambulanten Diensten und Pflegeheimen mehr als 1,2 Millionen Beschäftigte.**

Das Thema Pflege betrifft also eine große Zahl von Menschen, und diese wird weiter zunehmen. Alle diese Menschen sind betroffen von der Pflegeversicherung, die 1995 zu Hochzeiten des Neoliberalismus eingeführt wurde. Gemäß dessen Maximen wurde sie als gedeckelter Zuschuss konzipiert, der nur einen Teil der tatsächlichen Kosten der Pflegebedürftigkeit refinanzieren soll. Pflegebedürftigkeit und die Übernahme von Pflegeverantwortung wurden gleichermaßen als individuelles Schicksal angesehen, nicht als gesellschaftliche Aufgabe.

Die Folgen tragen Menschen mit umfangreicher Pflegeverantwortung und hohem Pflegebedarf: **Altenpflegekräfte verdienen ca. 9 % weniger als Beschäftigte im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft bei vergleichbarem Qualifikationsniveau.** Aufgrund der Arbeitsbelastung sind sie zugleich fast doppelt so häufig wegen einer psychischen Erkrankung arbeitsunfähig wie der Durchschnitt der Beschäftigten. Auch pflegende Angehörige sind betroffen: Von 80% der Hauptpflegepersonen wird die Belastung durch die Pflege als stark oder zu stark empfunden. Zugleich tragen pflegende Angehörige ein erhöhtes Risiko der Armut und Altersarmut: Wenn sie wegen der Verantwortung für Pflegebedürftige ihre Erwerbsarbeit einschränken oder ganz einstellen, verlieren sie Einkommen und Rentenansprüche.

Die Pflegenden, sowohl in den Altenpflegeberufen als auch in den Familien, sind dabei ganz überwiegend Frauen. So zementiert die Unter- ausstattung der Pflege mit dringend benötigten Ressourcen zugleich sexistische Arbeitsteilung und Frauenarmut. Wenn das Einkommen oder das Vermögen hoch genug ist, findet gebe-

nenfalls eine Entlastung durch im Haushalt lebende Beschäftigte statt. Die fast immer aus Osteuropa stammenden Frauen werden unabhängig von ihrer Arbeit als Betreuungskräfte bezeichnet, weil auf diese Weise der Pflegemindestlohn nicht gilt. Arbeitsrechtliche Mindeststandards werden in diesen Arbeitsverhältnissen nicht eingehalten. Dies wird staatlicherseits hingenommen. **So wird das Pflegesystem auf Kosten meist migrantischer Frauen aufrechterhalten.**

**Die Einzigen, die profitieren, sind private Unternehmen: Mittlerweile sind 43 % der Pflegeheime und 67 % der ambulanten Dienste in der Hand privater Unternehmen, ihr Anteil nimmt Jahr für Jahr zu.**

Die Pflegeversicherung muss wie die Krankenversicherung als Vollversicherung organisiert werden, so dass die gesamten Kosten der Pflege gesellschaftlich getragen werden.

Altenpflege ist also ein Thema, das viele betrifft, und es ist ein Thema, bei dem sich dringend etwas bewegen muss. Allerdings können diejenigen, die auf ambulante oder stationäre Pflege angewiesen sind, diese Aufgabe auf sich alleine gestellt sicher nicht stemmen, obwohl es wichtig ist, sie mit ihren Erfahrungen und Wünschen einzubeziehen. Da pflegende Angehörige ihrer Situation isoliert gegenüberstehen, ist ihre Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Und auch die Überlastung, von der viele berichten, wirkt sich auf ihre politischen Möglichkeiten aus. Beschäftigte in der ambulanten und stationären Altenpflege schließlich haben es besonders schwer, zum Mittel des Arbeitskampfs zu greifen. Ein Streik übt kaum ökonomischen Druck aus, und wenn die Besetzung im „Normal“-Betrieb sich kaum von einer Notbesetzung unterscheidet, kann nur ein kleiner Teil der Belegschaften streiken.

**Das Thema geht allerdings nicht nur die direkt Betroffenen, sondern uns alle an.** Niemand von uns weiß, ob er oder sie im Alter Pflege braucht oder selbst z. B. die Eltern oder die/den Partner\*in pflegen wird oder zumindest deren Pflege organisieren muss. Zudem sagt es viel über eine Gesellschaft aus, wie sie sich um diejenigen kümmert, die der Unterstützung am meisten bedürfen.

Erste Schritte wären im Grunde nur das Eintreten für Selbstverständlichkeiten: **Die Pflegeversicherung muss wie die Krankenver-**

**sicherung als Vollversicherung organisiert werden, so dass die gesamten Kosten der Pflege gesellschaftlich getragen werden.** Pflegende Angehörige benötigen eine finanzielle Unterstützung, die zumindest der von Eltern entspricht. Beschäftigte in der Altenpflege brauchen allgemeinverbindliche Tariflöhne. Die Arbeit von Betreuungskräften im Pflegehaushalt muss auf eine reguläre Basis gestellt werden, die beispielsweise die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes und des Mindestlohngesetzes sichert. Renditeorientierte Unternehmen, deren Entscheidungen sich eher am Wohl der Aktionär\*innen als dem der Gepflegten ausrichten, haben in diesem Bereich nichts zu suchen.



Auch wenn die herrschende Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen Pflegenden und Pflegebedürftiger oft verzweifeln lässt – es lässt sich etwas bewegen: Tariflöhne können seit 2017 nicht mehr von Pflegekassen und Kommunen als unwirtschaftlich abgelehnt werden; Schritte zur Allgemeinverbindlicherklärung eines von ver.di abgeschlossenen Tarifvertrags sind auf dem Weg; die Deckelung der Zuschüsse steht bei der stationären Pflege in Frage. Alles viel zu wenig, aber Erfolge gibt es.

**Also: Änderungen sind dringend erforderlich. Gemeinsames Handeln ist notwendig. Erste Schritte liegen auf der Hand. Erfolge sind möglich. Nun müssen wir nur noch zusammenkommen.**

**Zwei Vorschläge möchten wir hier machen:**

**Care Revolution Freiburg** hat vor der Pandemie unter anderem Stände vor Pflegeheimen durchgeführt, um von Betroffenen aus erster Hand zu erfahren, wie ihre Situation ist. Wir bleiben am Thema dran. Kontakt: [care-revolution-freiburg@riseup.net](mailto:care-revolution-freiburg@riseup.net)

In der **Initiative Faire Pflege** organisieren unter anderem Arbeitnehmerseelsorge, Care Revolution, Katholische Arbeiterbewegung, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt und ver.di Gesprächsrunden. Momentan sind diese online, möglichst bald wieder als Stammtisch. Kontakt: [renate.buchgeister@seelsorgeamt-freiburg.de](mailto:renate.buchgeister@seelsorgeamt-freiburg.de)



# Eine solidarische Stadt braucht Krankenhäuser in öffentlicher Hand

## Zur Privatisierung von Loretto- und St. Josefskrankenhaus

Von Matthias Neumann

Zum 01.10.2020 hat der private Klinikbetreiber Artemed SE das Loretto-Krankenhaus (Wiehre) und das St. Josefskrankenhaus (Herdern) übernommen. Die beiden Krankenhäuser waren bislang als Ring kirchlicher Krankenhäuser gGmbH (RkK) in Händen von vier katholischen Ordensgemeinschaften. Bereits länger war klar, dass diese auf der Suche nach einem neuen Träger waren.

Mit der Artemed SE wurden die beiden Häuser nun an eine europäische Aktiengesellschaft verkauft, die in den letzten Jahren vorwiegend christliche Kliniken, ambulante medizinische Versorgungszentren und Pflegeeinrichtungen übernommen hat. Die Geschäftsführung stellt ihre „Erfahrungen in der Führung von [...] Unternehmen aus der Healthcare-Branche“(1) und „Expertise in der Entwicklung von Managementkonzepten“1 heraus. Worum es hierbei geht, wird bei der Vorstellung der Geschäftsführer\*innen deutlich. Die stationäre Versorgungslandschaft erscheint hier als „Krankenhausmarkt“(1), „Kliniken [werden] bei der [...] finanzwirtschaftlichen Neuausrichtung“(1) begleitet. Zudem fallen enge Verbindungen zu Unternehmensberatungen wie McKinsey auf.

**Private Konzerne führen Kliniken nicht aus Sorge um die Gesundheit der Menschen, sondern um finanzielle Gewinne zu erwirtschaften.** Das lässt sich an den Entwicklungen zahlreicher privatisierter Kliniken in den letzten Jahren erkennen – so beispielsweise an den Asklepios-Kliniken in Hamburg oder dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg (Rhön).

Die Konzerne nutzen alle Mittel, um zu möglichst geringen Kosten möglichst viele „Fälle“ (Patient\*innen) durchzuschleusen – auf Kosten der Beschäftigten, die mit einem immer geringeren Personalschlüssel immer schneller arbeiten müssen. Private Krankenhauskonzerne spezialisieren sich dabei auf profitable Versorgungsbereiche wie Operationen und geräteintensive Interventionen – und schließen Bereiche, die keine Gewinne ermöglichen (Kinderheilkunde, Geburtshilfe). Dabei nutzen sie die Fehlanreize, die das bereits seit Jahren kritisierte DRG-/Fallpauschalensystem setzt. Als Ergebnis erreichen private Krankenhauskonzerne in Deutschland jährliche Gewinnmargen von 10-15 %, die

vorwiegend aus den Mitteln des Solidarsystems der gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden(2) und zu einem erheblichen Teil als Dividende an die eigenen Aktionäre ausgezahlt werden.

**Das ist es, was das von Jens Spahn (CDU) geführte Bundesgesundheitsministerium meint, wenn es die „deutsche Gesundheitswirtschaft“(3) als eine „Wachstumsbranche auf Expansionskurs“(3) bezeichnet – und dies mit der „Bruttowertschöpfung“(3) untermauert.** Die Motivation der nun in Freiburg

fen für eine Entlastung des Klinikpersonals hervorgegangen und setzt sich auf lokaler Ebene für eine solidarische und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung ein. Die Treffen finden derzeit online alle zwei Wochen mittwochs um 19 Uhr statt.

**Bei Interesse und Fragen meldet euch gerne unter [info@sol-ges.de](mailto:info@sol-ges.de)**

(1) <https://www.artemed.de/geschaeftsfuehrung> (Stand 21.01.2021)

(2) Privatisierung von Krankenhäusern: Raus aus der »uniformen Zementwüste des Kollektivismus«! In: Krankenhaus statt Fabrik: Das Fallpauschalensystem und die Ökonomisierung der Krankenhäuser – Kritik und Alternativen. 5. erweiterte und komplett überarbeitete Neuauflage. Maintal, April 2020. Online erhältlich unter <https://kurzelinks.de/ai8r> (3) <https://kurzelinks.de/f4d1>



tätigen Artemed SE ist vor diesem Hintergrund nur unschwer zu erraten – und auch die Auswirkungen auf die medizinische Versorgungslage in unserer Stadt und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind absehbar.

Wenn es zu Auseinandersetzungen um ihre Arbeitsbedingungen und für eine gute Versorgung ihrer Patient\*innen kommen sollte, werden wir die Beschäftigten unterstützen. Bei aller Kritik an den weitgehend fehlenden Möglichkeiten zur Vertretung ihrer Interessen in der bisherigen kirchlichen Trägerschaft (sog. Dritter Weg): Die Übernahme durch einen privaten Klinikkonzern ist nur für dessen Aktionär\*innen eine gute Lösung – nicht jedoch für die Beschäftigten, und auch nicht für uns alle als (potentielle) Patient\*innen und Angehörige.

Wir treten ein für ein solidarisches Gesundheitswesen in öffentlicher Hand und unter demokratischer Kontrolle, ein Gesundheitssystem das sich an der Gesundheit von Patient\*innen, Beschäftigten und der gesamten Gesellschaft orientiert – abseits von kapitalistischer Profitmaximierung.

Das Netzwerk solidarisches Gesundheitswesen ist aus der Solidaritätsbewegung mit den Kämpf-

## Care Revolution Freiburg

ist seit über sechs Jahren in Freiburg aktiv. Wir setzen uns ein für deutlich verbesserte Rahmenbedingungen für Menschen mit umfangreichen Sorgearbeiten oder mit hohem Sorgebedarf sowie für Care-Beschäftigte. Unsere Aktivitäten könnt ihr nachlesen unter <https://kurzelinks.de/nvqu>. Wenn ihr Interesse habt mitzuarbeiten, schreibt uns unter [care-revolution-freiburg@riseup.net](mailto:care-revolution-freiburg@riseup.net). Unser nächstes Online-Treffen findet am 18.3. um 18 Uhr statt. Ihr seid herzlich willkommen.



# Ausbeutung 24/7: Osteuropäerinnen sind unsichtbare Stützen des Pflegesystems

Von **Frauke Linne**

Wenn über den Pflegenotstand diskutiert wird, bleibt ein Thema meist unberührt: die **24h-Betreuung**. Pflegebedürftige Menschen werden in Deutschland zu etwa zwei Dritteln in ihren eigenen vier Wänden betreut und versorgt, und ein nicht zu missachtender Teil davon wird rund um die Uhr von osteuropäischen Frauen betreut. Schätzungsweise 500.000 Frauen aus Osteuropa, meist aus Polen, zunehmend aus der Ukraine, pendeln regelmäßig als Arbeitsmigrantinnen zwischen Privathaushalten in Deutschland und ihrem Herkunftsland. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil sich vieles in einem Graubereich abspielt. Während es in der Wissenschaft zahlreiche Forschungen zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der 24h-Betreuerinnen gibt, fehlt es bisher an öffentlicher und politischer Aufmerksamkeit und Handlungsbereitschaft, um die Bedingungen in der Branche zu verbessern. Insbesondere die Stimmen der 24h-Betreuerinnen sind in der Debatte kaum bzw. gar nicht sichtbar und hörbar und es mangelt an Unterstützung.

**Die Unsichtbarkeit dieser Arbeit** und der Betreuerinnen liegt an verschiedenen Aspekten. Care-Arbeit ist eine Arbeit, die finanziell und gesellschaftlich wenig Anerkennung bekommt. Bei der 24h-Betreuung kommt hinzu, dass sie in Privathaushalten geleistet und eben an zumeist Migrantinnen ausgelagert wird. Früher wurde die Pflege und Betreuung von alten Menschen von weiblichen Familienmitgliedern unbezahlt geleistet. Im Zuge des steigenden Anteils von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, wurde die unbezahlte Care-Arbeit an ärmere, meist migrantische Frauen ausgelagert. Für dieses Phänomen prägte die Soziologin Arlie R. Hochschild den Begriff „Globale Sorgeketten“. Dabei migrieren Frauen in reichere Länder, um Care-Arbeiten zu übernehmen. Versorgungslücken, die in ihren Herkunftsländern entstehen, werden von weiblichen Familienmitgliedern oder Frauen aus noch ärmeren Ländern gefüllt.

**Charakteristisch für die Arbeits- und Lebensbedingungen** der 24h-Betreuerinnen sind eine geringe Entlohnung, lange und entgrenzte Arbeitszeiten, wenig bis keine Freizeit sowie soziale Isolation und psychische Überforderung. Die prekären Arbeitsbedingungen hängen schließlich stark mit der rechtlichen Situation zusammen. Während beispielsweise für Polinnen aufgrund der EU-Mitgliedschaft die Arbeitnehmer\*innenfreizügigkeit gilt, brauchen Ukrainerinnen ein Arbeitsvisum, um in Deutschland tätig zu sein. Häufig arbeiten sie ohne dieses illegalisiert hier oder geben sich mitunter auch als Polinnen aus. Problematisch ist vor allem, dass viele der Osteuropäerinnen Verträge bei

Vermittlungsagenturen im Ausland abschließen und damit das deutsche Arbeitsrecht umgehen wird. Ohne einen gültigen deutschen Arbeitsvertrag sind die Frauen nicht arbeitsrechtlich geschützt. Selbst für Beratungsstellen ist die rechtliche Lage teilweise unüberschaubar und die Möglichkeiten zu klagen damit eingeschränkt. Die Betreuerinnen sind den Agenturen und den zu Pflegenden oft ausgeliefert. Der Staat reguliert und kontrolliert weder die Agenturen noch die Bedingungen in den Privathaushalten ausreichend.

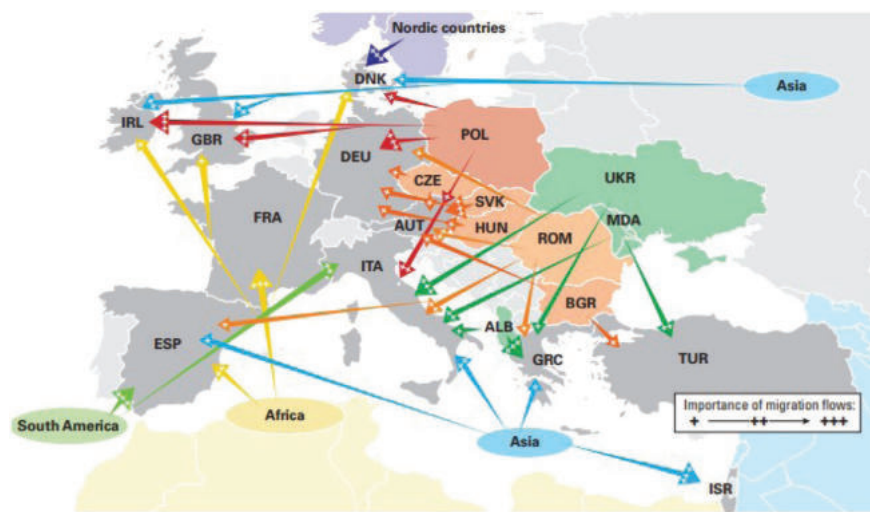


Bild: Migrationswege von Haushaltsarbeiterinnen nach Westeuropa (Quelle: Rodrigues et al. 2012) Weitere Informationen zum Sehen, Lesen & Hören: Dokumentarkurzfilm „Marina“ auf [www.bpb.de/mediathek](http://www.bpb.de/mediathek) Doku „Hilfe aus dem Osten – Pflegemigrantinnen aus der Schweiz“ auf [www.srf.ch](http://www.srf.ch) Bomert, Christiane (2020). „Transnationale Care-Arbeiterinnen in der 24-Stunden-Betreuung“

**Das Leben und Arbeiten der Betreuerinnen** in Deutschland ist geprägt von Unsicherheit und Isolation. Mangelnde Zeit und Sprachbarrieren erschweren nicht nur, dass sie am gesellschaftlichen Leben hier teilhaben können, sondern auch die Beratung und Organisation der Arbeiterinnen. Das gewerkschaftliche Projekt Faire Mobilität sowie Migrationsberatung 4.0 von Minor bieten gezielte Beratung für 24h-Betreuerinnen, zum Teil auf Facebook. Die sozialen Medien wurden als entscheidender Ort für die Beratung erkannt, da sich die Frauen dort ohnehin treffen und austauschen. Inzwischen ist bekannt, dass der Bedarf an Beratungsstellen und Unterstützung deutlich höher ist als das Angebot.

**Eine gezielte Unterstützung in Form von Beratungs- und Aufklärungsarbeit**, Sprachkursen sowie die Organisation von physischen Treffen, damit sich die Betreuerinnen untereinander austauschen und stärken können, ist essentiell. Sie ist essentiell, damit die Frauen aus

ihrer Isolation geholt werden. Sie ist essentiell, um das Selbstbewusstsein der Frauen zu stärken, für ihre Rechte einzustehen.

Gewerkschaften, Beratungsstellen, kirchliche Träger und Nichtregierungsorganisationen können dazu beitragen und solche Angebote schaffen. Auf politischer Ebene braucht es selbstverständlich strukturelle Veränderungen, wie die Schaffung von legalen Beschäftigungsverhältnissen und stärkere Kontrollen der Vermittlungsagenturen, um die Arbeitsbedingungen in der 24h-Betreuung zu verbessern. Darüber hinaus braucht es eine Umgestaltung des Pflegesystems, wie beispielsweise den Ausbau von stationären Einrichtungen und eine bessere Finanzierung.

Das Bewusstsein der osteuropäischen Betreuerinnen für die ungerechten, schlechten Arbeitsbedingungen wächst. Im letzten Jahr klagte zum

ersten Mal eine bulgarische Betreuerin mit Unterstützung von ver.di und Faire Mobilität eine Lohnnachzahlung ein. Der Rechtsstreit landete nach der Revision der bulgarischen Firma vor dem Arbeitsgericht und ein Urteil steht noch aus. Der Fall könnte ein Präzedenzfall in der Branche werden. Der Blick in die Schweiz verrät, was eine erfolgreiche Klage auslösen kann: Der Fall von Božena Domańska wurde über Landesgrenzen hinweg bekannt und führte zur Gründung des selbstorganisierten Netzwerks „Respekt“ bei der „Gewerkschaft des Personals der öffentlichen Dienste“ in der Schweiz.

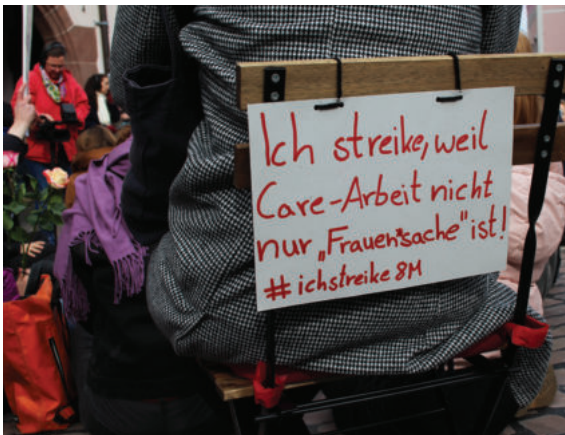
**Als solidarische Stadt** kann und muss auch Freiburg Ideen für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung entwickeln und umsetzen. Dabei darf die Unterstützung für die osteuropäischen Migrantinnen nicht fehlen. (Online-) Beratungsstellen, Austauschräume und Sprachkurse auf städtischer Ebene können erste Schritte dafür sein.

# Legt die Sorgearbeit nieder am 8. März!

Die Krise steckt im System – Zusammen gegen Patriarchat und Kapitalismus

## Von F\*streik

Wir laden euch dieses Jahr ein, am 8. März mit uns zu streiken und eure bezahlte und unbezahlte Arbeit niederzulegen. Wir Frauen\* und Queers organisieren uns bundesweit in lokalen Streikkomitees, um uns gegen Unterdrückung und Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Während der Pandemie wird verstärkt deutlich, dass unsere Interessen und Lebenslagen politisch und gesellschaftlich als nachrangig erachtet werden. Wir sind es, die die zusätzlichen Lasten in Erziehung und Pflege stemmen, die aufgrund prekärer Beschäftigungsverhältnisse vor existenziellen Unsicherheiten stehen, die ungeachtet unter (sexualisierter) Gewalt leiden, die ihre eigenen Bedürfnisse hinten an stellen müssen, die in „systemrelevanten“ Arbeitsbereichen tätig sind und dennoch inakzeptable Entlohnung und mangelnde Wertschätzung erfahren. Und das auch schon vor der Pandemie. Deshalb wollen wir nicht zurück in den Normalzustand, denn die Normalität war bereits das Problem. Also streiken wir. Jetzt erst recht.



**Doch wozu streiken?** Wir streiken, um unserer Wut über die Missstände der Gesellschaft Ausdruck zu verleihen. Erst durch einen kollektiven Streik schaffen wir Sichtbarkeit für die alltäglichen Arbeiten, die ohne uns ins Stocken geraten oder nicht mehr funktionieren. Wir wollen eine Debatte darüber ins Rollen bringen, wer in Haushalten und unserer gesamten Gesellschaft Sorgearbeit verrichtet, und auf die besondere Belastung von Frauen\* und queeren Personen aufmerksam machen. Mit Streik üben wir Druck aus und zeigen, wie ernst wir es meinen. Der politische Streik ist in der BRD (noch) rechtswidrig – völkerrechtlich jedoch umstritten. Es ist für uns das wirkmächtigste Mittel, um für unsere Interessen einzustehen. Gemeinsam kämpfen wir für die Legalisierung und Etablierung des politischen Streiks in der BRD – denn wenn wir streiken, steht die Welt still!

**Was meint Sorgearbeit?** Sorgearbeiten rund um Haushalt, Pflege, Erziehung und emotionaler Arbeit werden zumeist auf Frauen\* abgewälzt und als „weibliche“ Aufgaben naturalisiert. Obwohl diese Tätigkeiten für menschliches Zusammenleben unerlässlich sind, werden sie als solche nicht anerkannt, und werden gar nicht bis schlecht bezahlt. Das derzeitige kapitalistische Wirtschaftssystem würde ohne diese Arbeit zusammenbrechen.

**Wie lässt sich Sorgearbeit bestreiken?** Indem wir kollektiv am 8. März die Arbeit niederlegen, decken wir auf, wie viel wir jeden Tag leisten müssen. Daher lasst uns die Sorgearbeiten, die täglich auf unseren Schultern lasten, einfach mal nicht übernehmen. Stattdessen können wir den Tag kreativ nutzen,

um auf Missstände aufmerksam zu machen. Unsere Forderungen mit Kreide verbreiten, Straßennamen mit feministischen Denkerinnen\* überkleben, ein lila Halstuch tragen, Räte organisieren oder zivilen Ungehorsam leisten - unserer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt!

Natürlich ist die Versorgung von Menschen, die darauf angewiesen sind, von Nöten. Organisieren wir uns mit unseren Mitmenschen, Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Kochen sollen an diesem Tag und darüber hinaus solidarische Menschen übernehmen.

Mit unseren Forderungen streben wir eine solidarische, selbstbestimmte Gesellschaft an. Doch wie sähe eine Solidarische Stadt nach unseren Vorstellungen konkret aus? Im Sinne einer Care Revolution leben wir in einer grundsätzlich umstrukturierten Gesellschaft. Durch die von uns initiierten Diskussionen wird die Haus- und Pflegearbeit zwischen allen Geschlechtern gerecht umverteilt und gilt nicht mehr als typisch „weiblich“. Wir leiden nicht mehr unter der Doppelbelastung von Sorge- und Lohnarbeit. Die Finanzierung von Sorgearbeit orientiert sich an Bedürfnissen der Menschen, nicht an Profitmaximierung. Durch Arbeitszeitverkürzungen hat jeder Mensch mehr Zeit für sich und seine Mitmenschen. Wohnraum gehört denen, die darin leben. Alle haben kostenfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung und öffentlichen

Verkehrsmitteln. Alle können politisch mitentscheiden, denn auch Staatsbürgerschaft spielt hier keine Rolle mehr. Und das ist erst der Anfang. Der Traum einer Welt jenseits von Gewalt, Armut, Nationalismus, starren Geschlechterrollen,



len, Benachteiligung von Minderheiten und einem auf Profit ausgerichteten Wirtschaftssystem wird Realität.

**Das klingt nach einem Ort, an dem ihr leben wollt? Dann kämpft mit uns für eine solche Gesellschaft. Gemeinsam auf zum feministischen Streik! Her mit dem schönen Leben!**

**Aktion am PdaS von 14 bis 17 Uhr  
Demo Beginn um 17 Uhr Stühlinger  
Kirchplatz**



**Feministischer & Frauen\*streik Freiburg**  
Web: [www.fstreikfreiburg.wordpress.com/](http://www.fstreikfreiburg.wordpress.com/)  
E-Mail: [fstreik-freiburg@riseup.net](mailto:fstreik-freiburg@riseup.net)  
WhoCares – Die App für Sorgearbeit  
[www.frauenstreik.org/who-cares-app](http://www.frauenstreik.org/who-cares-app)

# Krankenpflege: Ein faszinierender Beruf mit wenig Anerkennung

**Alice ist ausgebildete Krankenpflegerin. Ihren Abschluss machte sie an der Universität „La Sapienza“ in Rom. Sie kam vor neun Jahren nach Deutschland, vermittelt über eine deutsche Agentur, die Pflegekräfte im Ausland rekrutiert. Nach zwei Jahren Arbeit in einer Rehabilitationsklinik in Nordrhein-Westfalen zog sie nach Freiburg und begann an der Uniklinik Freiburg zu arbeiten. Dort betreute sie, bevor sie ins Herz-Zentrum wechselte, von März bis Dezember des vergangenen Jahres COVID-Patient\*innen auf einer der speziell eingerichteten Stationen. Wir haben mit ihr gesprochen.**

**Wie hast du persönlich die Arbeit auf der COVID-Station der Uniklinik erlebt?**

Die Station für Orthopädie und Unfallchirurgie, auf der ich ursprünglich arbeitete, wurde im Zuge der Corona-Notlage im März 2020 in eine Aufnahmestation für COVID-Patient\*innen mit stabilem Verlauf umgewandelt. Ausgewählt wurde unsere Station aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften: große Räume, die genug Platz bieten, um viele Patient\*innen aufzunehmen, und eine moderne Ausstattung. Wir waren alle völlig unvorbereitet, niemand von uns wusste, wie wir mit dieser Notsituation umgehen sollten. Am Anfang war es also schwierig, zumal es auch an der grundlegenden Schutzausrüstung mangelte. In der zweiten Welle wurde die Situation dann trotzdem noch schwieriger, weil die Patient\*innen, die dann eingewiesen wurden, viel schwerere Verläufe hatten.

**Was war für dich die größte Schwierigkeit bei der Arbeit mit COVID-Patient\*innen?**

Mir hat ganz besonders die emotionale Belastung zu schaffen gemacht. Vor allem im November/Dezember betreute ich Patient\*innen, deren Zustand sich im Laufe der Nacht plötzlich verschlechterte, mit Verläufen, die schwer oder gar nicht zu kontrollieren waren, also anfangs stabile Patient\*innen, die sich plötzlich zwischen Leben und Tod befanden. Oder Patient\*innen, die gerade ihre\*n Ehepartner\*in verloren hatten, ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, sich zu verabschieden. Wir waren also auch mit der emotionalen Herausforderung konfrontiert, dass wir aus Gründen höherer Gewalt die Wünsche unserer Patient\*innen nicht erfüllen konnten. Diese Situationen machen mich sehr traurig.

**Dann bist du selbst im März krank geworden ...**

Ja, eigentlich gleich am Anfang der Pandemie. Dann erkrankten in der zweiten Welle alle meine Kolleg\*innen, sowohl Ärzt\*innen als auch Pfleger\*innen. Sie hatten aber zum Glück nur milde Verläufe, so wie ich. Als eine der ersten Erkrankten hatte ich große Angst. Ich fragte mich, ob meine Entscheidung, als Krankenpflegerin zu arbeiten, richtig war, wenn ich damit mein Leben riskierte. Allerdings löste sich meine Krise schnell auf, und ich beschloss, dieses Virus entschieden zu bekämpfen. Plötzlich hatte ich keine Angst mehr.

**Es wird viel über Pflegenotstand geredet. Hast du den Personalmangel selbst festgestellt?**

Ganz klar, der Mangel an Pflegepersonal ist in Deutschland eindeutig zu spüren. Das ist auch der Grund, warum man uns Pfleger\*innen aus dem Ausland geholt hat. Auf meiner Station haben zwischen 50 und 60 % der

Kolleg\*innen einen Migrationshintergrund. Die Gesundheitseinrichtungen sind ständig auf der Suche nach mehr Personal. Das hängt damit zusammen, dass die Arbeit in der Krankenpflege in Deutschland keine angemessene Anerkennung erfährt. Es wird einfach nicht gesehen, was das Pflegepersonal leistet, nämlich eine Arbeit, die viel Verantwortung und eine große emotionale Belastung mit sich bringt. Im letzten Jahr sind wir plötzlich zu Held\*innen geworden, die Leute applaudierten uns von den Balkonen zu. Ich habe mich nicht einmal eine Minute über diese Beifallsbekundungen gefreut, ich habe sie fast eher als Demütigung empfunden, weil ich dachte: Was soll das? Kritische Situationen und kräftezehrende Schichten sind doch der Normalfall in unserem Beruf!

**Welche Unterschiede siehst du zwischen der Praxis der Krankenpflege in Italien und in Deutschland?**

Bei der Arbeit am Uniklinikum Freiburg habe ich mich etwas eingeschränkt gefühlt. Anfangs hatte ich gedacht, ich würde im Umgang mit Patient\*innen mehr Spielraum haben. Aber hier ist es der Arzt, der die meiste Verantwortung trägt. Das ist manchmal frustrierend für mich, denn in Italien absolvieren Krankenpfleger\*innen ein Universitätsstudium, das uns ein sehr breites Know-How liefert und uns befähigt, mehr Verantwortung zu übernehmen.

**Aber bedeuten weniger Kompetenzen nicht auch eine geringere Arbeitsbelastung?**

Das meinen manche: Dass sich mit weniger Verantwortung die Arbeitsbelastung verringert. Aber ich fände es

besser, wenn wir Pfleger\*innen verantwortungsvollere Aufgaben übertragen bekämen. Andere Aufgaben dagegen – wie zum Beispiel das Antworten auf die Alarmierung durch Patient\*innen klingeln, das Bringen von Bettpfannen und Urinalen u. a. – könnten von Personal ausgeführt werden, das eine nicht so umfassende Ausbildung hat.

**Ist die finanzielle Vergütung, die du als Krankenpflegerin erhältst, für dich angemessen?**

Unsere Vergütung steht in keinem Verhältnis zu der Leistung, die wir erbringen. Klar, diejenigen Krankenpfleger\*innen, die mit COVID-Patient\*innen arbeiten, haben sich über die Corona-Prämie gefreut. Aber wir unterschreiben ständig Petitionen, und die Gewerkschaften – VER.DI zum Beispiel – machen ständig mobil, um unsere Forderungen geltend zu machen. Was wir wollen, ist die finanzielle Anerkennung unserer Arbeit. Das würde den Beruf auch in den Augen derjenigen attraktiver machen, die sich noch nicht entschieden haben, welchen beruflichen Weg sie einschlagen wollen. Der Pflegeberuf ist ein faszinierender Beruf. Er müsste aber auch hinsichtlich der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen „faszinierender“ werden. In diesem historischen Moment gehören wir zur Kategorie der Beschäftigten, die weiterhin häufig am Tag 24 Stunden arbeiten, wir haben nicht das Glück des „Home Office“. Ich hoffe, dass sich auch nach der Pandemie die Zivilgesellschaft wie auch die Politik noch an unsere fundamental wichtige Rolle für die Gesellschaft erinnern. **Das Gespräch führte das Redaktionsteam von Solidarity City.**



Foto aus der Theateraufführung „Das Gesundheitstribunal. Wir klagen an!“ (RLS Berlin), © 2018 Fotograf: Tommaso Revelant - [www.tommasorevelant.com](http://www.tommasorevelant.com) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

# Sammelunterkünfte und Sorge-Arbeit!

In Sammelunterkünften wirken hohe Risiko- und Belastungsstörungen.

Von **Walter Schlecht, Aktion Bleiberecht**

Kinder und Jugendliche, Frauen, Traumatisierte und vulnerable Personen in Sammelunterkünften: Für die Sorge-Arbeit in den Unterkünften eine Herausforderung.

## Geflüchtete Kinder und Jugendliche

UNICEF und das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) haben 2020 in einer Analyse (1) „Gewaltschutz in Unterkünften für geflüchtete Menschen“ festgestellt, dass seit 2016 der Anteil geflüchteter Kinder an der Gesamtzahl Geflüchteter von einem Drittel auf die Hälfte gestiegen ist. Ein Stand der Analyse (Zusammenfassung S. 6) lautet: „Ausgesprochen besorgniserregend ist die mangelnde Unterstützung für traumatisierte Kinder in Sammelunterkünften.“

Wie die Konzeption Streetwork/Gemeinwesenarbeit (2) (Gewaltschutzkonzept EA Freiburg - Anhang 6) in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Flüchtlinge in Freiburg feststellt, führen „Perspektivlosigkeit, Marginalisierung sowie die geringe Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und Teilnahme [...] bei den LEA-BewohnerInnen u. a. zu Frustration, Verlust der Motivation und erhöhtem Konfliktpotential.“

In dieser Welt befinden sich auch geflüchtete Kinder und Jugendliche. Viele haben während der Flucht Gewalt erlebt und müssen diese Erfahrungen nun in einer von Einschränkungen und Unsicherheit geprägten neuen Lebenssituation verarbeiten.

Auch die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BAfF e. V. hat sich mit den psychosozialen Folgen des Lebens in Sammelunterkünften für geflüchtete Kinder in einer Recherche „Living in a box“ (3) auseinandergesetzt. Das BAfF e.V stellt in ihrem Fazit S. 55 fest, dass durch die neue Gesetzgebung immer mehr Kinder und Jugendliche mit ihren Familien in großen Sammelunterkünften leben müssen. „Die Unterbringung und die damit verbundenen Angebote und Zugänge sind entscheidend für die Entwicklung der jungen Geflüchteten und für die Verarbeitung des Erlebten“. Daher ist die Unterstützung von jungen Geflüchteten unmittelbar nach ihrer Ankunft von zentraler Bedeutung.

**Tatsächlich herrscht in der Regel jedoch ein hoher Personalmangel und Sozialarbeiter\*innen arbeiten oft an ihrer Belastungsgrenze.** Baden-Württemberg (BW) und andere Bundesländer haben in ihren Gewaltschutzkonzepten einen Betreuungsschlüssel zwischen 1:75 bis 1:100 festgelegt. In BW existiert ein dynamischer Betreuungsschlüssel. Von der Wissenschaft und der Praxis wird jedoch ein

Schlüssel von 1:10 für die Begleitung von Kindern empfohlen.

Ob die Sorge-Arbeit unter den Bedingungen, die in Sammelunterkünften existieren, geleistet werden kann, beantwortet die BAfF im Fazit so: „Sammelunterkünfte sind keine sicheren Orte für Kinder und Jugendliche“. „Stattdessen wirken eine hohe Anzahl von Risiko- und Belastungsstörungen zusammen, die ein Ankommen und zur Ruhe kommen verunmöglichen, ihrer psychischen Gesundheit massiv schaden und langfristig Integration verhindern.“

Es geht um fehlende Privatsphäre, kindgerechte Angebote, kindgerechte Ernährung, kindgerechte Freizeit, um Ruhestörungen, Beob-



achtungen von regelmäßigen Abschiebungen, um Diskriminierung und vieles mehr. Wissenschaftliche Studien haben festgestellt, dass Sammelunterkünfte – und dabei insbesondere Ankereinrichtungen – keine kindgerechte bzw. den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention und der EU-Aufnahmerichtlinie entsprechende Unterbringung darstellen. BAfF e.V kommt zu dem Fazit, dass die Benachteiligungen auf verschiedenen Ebenen „eine Form der strukturellen Gewalt“ darstellen, der junge Geflüchtete in Sammelunterkünften ausgeliefert sind.

## Frauen in Sammelunterkünften

45 % der Geflüchteten in Europa sind Frauen. „Women in Exile“ beschreibt die Situation der geflüchteten Frauen so: Flüchtlingsfrauen erleben tagtäglich strukturelle Gewalt: Sie werden durch ein Leben in Sammelunterkünften mit

Essenspaketen oder Gutscheinen entwürdigt und entmündigt. Sie leiden darunter, um jede Krankenbehandlung für sich oder ihre Kinder beim Sozialamt betteln zu müssen. Auch durch Arbeitsverbote und mangelnde Möglichkeiten Deutsch zu lernen werden asylsuchende Frauen ausgegrenzt und ans Haus gefesselt. Viele Flüchtlingsfrauen warten jeden Tag auf ihre Abschiebung. Durch COVID-19 haben sich die Lebensbedingungen für geflüchtete Frauen immens verschärft. Häufig müssen sie weiter aufs Engste in Sammelunterkünften leben. Für Frauen gibt es oft keinen ausreichenden Schutz vor sexualisierten Belästigungen durch andere Bewohner\*innen oder durch Beschäftigte. Eine Umsetzung von Abstandsregelungen, Quarantänemaßnahmen oder Hygienekonzepten ist für Frauen, wie auch für andere Bewohner in vielen Einrichtungen kaum möglich. Für ‚Women in Exile‘ gibt es nur eine Forderung: **Auflösung der Sammelunterkünfte.**

## Traumatisierte und vulnerable Personen

Traumatisierte Menschen sind den gleichen prekären und fremdbestimmten Lebensbedingungen ausgesetzt wie auch vulnerable Personen. Das Zentrum für Überleben Berlin schreibt zur Unterbringung von traumatisierten Geflüchteten aus Afghanistan in Sammelunterkünften: „Traumareaktive Symptome wie Schlafstörungen, Flashbacks und Alpträume werden durch die schlechten Bedingungen in den Sammelunterkünften, mangelnder Privatsphäre, Ausgrenzung und schlechter Bleibeperspektive zusätzlich unterstützt. Traumatisierte Geflüchtete, die von Folter und Krieg gezeichnet sind, leiden extrem darunter, dass ihre traumatischen Erfahrungen, ihre körperlichen und psychischen Leiden hier nicht anerkannt werden.“ (4)

(1) <https://kurzelinks.de/zilv>

(2) <https://kurzelinks.de/x1c7>

(3) <https://kurzelinks.de/lrix>

(4) <https://kurzelinks.de/7cjl>

## Wichtige Termine

**23.3.-8.4.** Wochen gegen Rassismus - **Anmeldung unter** <http://respect-freiburg.net/>

**Mo, 08. März**, „Platz für Sorge“- Infos zu „Sammelager und Care“

**Sa, 20. März**, 18-20 Uhr: Freiburgs Asylpolitik am Scheideweg. Hintergründe zur Evaluation der LEA Freiburg. Vortrag & Diskussion LEA-Watch Freiburg.

**Sa, 27. März**, 18-20 Uhr: No Border oder Barberei. Rosa Luxemburg und die Krise des Grenzregimes. Vortrag von Daniel Loick. Organisiert von Aktion Bleiberecht.

**Sa, 24. April**, Demonstration gegen den Fortbetrieb der Erstaufnahmeeinrichtung



# Symbolische Anerkennung genügt nicht!

## Gewerkschaftliche Organisation im sozialen Sektor - Basisgewerkschaft FAU Freiburg

Auch im bezahlten Care- Bereich, in der Sozialen Arbeit und im Erziehungswesen verschlechtern sich die ohnehin schon seit langem problematischen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Form von hoher psychischer Belastung, Zeitmangel und zu geringer Entlohnung.

Die Pandemie und ihre Folgen treffen im besonderen Maße die Soziale Arbeit und ihre Klient\*innen, seien es Wohnungslose, Geflüchtete, Kinder mit besonderem Bedarf, Familien in prekären Verhältnissen aber auch alle Menschen die Zuhause für Andere sorgen und, anstatt von Lohnarbeit freigestellt zu werden, nun mit unbezahlten Mehrfachbelastungen konfrontiert sind.

**An symbolischer Anerkennung im sozialen Bereich mangelt es nicht. An realer Anerkennung in Form von höheren Löhnen, Arbeitszeitverkürzung und Zeit für gute, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte, Arbeit definitiv. Allerdings sind diese Ressourcen für eine gute soziale Infrastruktur, auf welche viele Menschen angewiesen sind oder angewiesen sein werden, unerlässlich.**

Beschäftigte in sozialen Bereichen werden immer wieder als selbstlose Held\*innen oder zuletzt als „systemrelevant“ bezeichnet, eine Zuschreibung von Außen welche für viele der Beschäftigten wie blanker Hohn wirkt, wenn sich gleichzeitig abzeichnet wo in Folge der Krise auch gespart werden soll: Wie so oft im Sozialbereich!

**Beispielsweise soll die lange Praxis der Weitergabe von Tariferhöhungen der Stadt Freiburg an die Träger in Zukunft eingestellt werden. Die Träger sollen diese selbst erwirtschaften.** Da der Sozialbereich fast ausschließlich durch öffentliche Gelder finanziert wird, würde dies bedeuten, dass die Tariferhöhung entweder nicht bei den Beschäftigten ankommen, oder es durch das Einsparen von Stellen zu mehr Arbeitsverdichtung kommt was zu noch mehr Stress führt. Zudem könnten zum Beispiel im Kita-Bereich die Mehrkosten von den Eltern eingefordert werden. Eine gebührenfreie, gute Kitabetreuung für alle würde damit in weite Ferne rücken.

In einem offenen Brief ruft die FAU Freiburg gemeinsam mit einem Bündnis dazu auf, sich dagegen zu organisieren. Unsere Forderungen sind auf große Resonanz gestoßen und mittlerweile im Stadtrat angekommen. In Freiburg haben viele Beschäftigte zudem mit befristeten Verträgen zu kämpfen. In einer Umfrage des aks (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit) und der FAU Freiburg haben ca. 35 % der Befragten

angegeben, nur befristet angestellt zu sein. Innerhalb der FAU wurde eine AG Soziale Arbeit gegründet, in welcher wir uns zu Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich austauschen und uns organisieren wollen. Der Frust und die Wut über viele Bedingungen im sozialen Bereich ist groß, die gewerkschaftliche Organisation leider noch nicht. Das muss nicht so bleiben. Werden wir aktiv und machen wir auf unsere (Arbeits-) Bedingungen aufmerksam! Für uns steht fest: Uns genügt kein Schulterklopfen und nur Zuspruch als Anerkennung. Wir brauchen reale Anerkennung in Form von guten Arbeitsbedingungen, die wir uns auch selbst erkämpfen müssen.

**„Systemrelevant und ausgebrannt“? Doch lieber „systemtransformationsrelevant“ um die für viele Menschen unzumutbaren Lebensbedingungen zu überwinden.**

Reine symbolische Anerkennung grenzt eher an emotionale Erpressung als dass es die Beschäftigten und ihre Klient\*innen weiterbringt. Wir müssen klarstellen, dass diese sowie jegliche andere Care-Arbeit nicht einfach sinnstiftende Selbstverwirklichung ist, sondern schlichtweg notwendige, für viele Menschen wichtige ARBEIT. Jeder Mensch wird in seinem Leben nicht nur einmal auf andere angewiesen sein und eine gute soziale Infrastruktur benötigen. Seien es pflegende Angehörige, Pflegepersonal oder Sozialarbeiter\*innen.

Beschäftigte in der, überwiegend von Frauen ausgeübten, Sozialen Arbeit und im Erziehungswesen werden, ohne sich zu organisieren, auf keine besseren Bedingungen hoffen können und auch weiterhin nur symbolisch anerkannt werden. Um aber dem Selbstanspruch der Sozialen Arbeit, die sich die Förderung gesellschaftlicher Veränderung für bessere Lebensbedingungen auf die Fahne schreibt gerecht werden zu können, muss die Notwendigkeit guter Bedingungen im sozialen Bereich auch klar nach außen kommuniziert und erkämpft werden. Zur Durchsetzung ist auch gewerkschaftliche Organisation essenziell.

**Symbolische Anerkennung gibt es vielleicht umsonst, für materielle Anerkennung müssen wir aber kämpfen!**



**Freie Arbeiter\*innen Union (FAU Freiburg)**

www | [www.freiburg.fau.org](http://www.freiburg.fau.org)

Email | [faufr-kontakt@fau.org](mailto:faufr-kontakt@fau.org)

**\* gewerkschaftliche Beratung** | 2. Donnerstag im Monat 20-21 Uhr („Büro für GRENZENLOSE Solidarität“, Adlerstr. 12)



**Pflegebegleitung ist bürgerschaftliches Engagement rund um die Pflege. In einem bundesweiten Netzwerk zusammengeschlossen**

**setzen sich Organisationen, Professionelle und Ehrenamtliche gemeinsam für ein gutes Leben unter den Bedingungen von Pflege und Unterstützungsbedarf ein.**

### Was wir wollen

- Wir setzen uns für die Belange derjenigen ein, die beim Älterwerden und der Pflege Unterstützung brauchen.
- Wir unterstützen besonders alle, die sich um Verwandte und Freunde mit Hilfe- und Pflegebedarf kümmern.
- Wir wissen, dass Familien und Freunde mit ihrer Sorge unbeschreiblich viel leisten, oft im Stillen und „rund um die Uhr“.
- Wir wissen auch, dass es schwierige Bedingungen manchen Älteren und sehr alten Menschen schwer machen, ihren Alltag zu bewältigen und selbstbestimmt zu organisieren.
- Wir möchten als „Ehrenamtliche“ durch unser unentgeltliches Engagement vor Ort ein Zeichen setzen – für ein achtsames Miteinander und gegenseitige Unterstützung in Quartier und Nachbarschaft.
- Wir setzen auf gemeinsames Lernen nach dem Prinzip der Selbstbestimmung. So bereiten wir uns auf das Engagement vor, und werden von speziell qualifizierten, oftmals professionellen Projekt-Initiator\*innen fachlich begleitet.
- Wir sind also ein „lernNETZWERK“ im Sinne des Pflege-Mix: Fachkräfte, engagierte Freiwillige, Organisationen und Kommunen lernen gemeinsam und engagieren sich Hand in Hand – bundesweit.



### KONTAKT:

Waltraud Keller, Telefon 0761 2909312  
[pflegeBegeleitung@t-online.de](mailto:pflegeBegeleitung@t-online.de)

**Offene Sprechstunde** für pflegende Angehörige, Heinrich Hansjakob-Haus, Talstraße 29, erster Mittwoch im Monat von 16:00 bis 17:30 Uhr

**Zweite Sprechstunde** in der Quartiersarbeit in Zähringen, einmal im Monat, Montags 14:30 bis 15:30 auf Anfrage.

# Wenn Frauen\* schufteten, das Klima brennt und beide sich unter Wasser wiederfinden

Von Susanne (Unabhängige Frauen Freiburg, Klimaaktionsbündnis Freiburg, Naturschutzbeirat)

2020 hat Gewissheiten beiseite gewischt, Prioritäten umgeschichtet und gezeigt: Ohne Care-Arbeit wäre alles nichts! Wovon reden wir? Es sind die Tätigkeiten mit, für und am Menschen, ganz nah, überlebensnotwendig, in jeder Sekunde, rund um den Globus, die oft in prekären Arbeitsverhältnissen geleistet werden,



die gesellschaftlich geringgeschätzt und kaum sichtbar sind. Es geht um die entlohnten Tätigkeiten in Bildung, Erziehung, Pflege, Gesundheitswesen und sozialer Arbeit, um die nicht entlohnte familiäre und ehrenamtliche Sorgearbeit und um die Selbstsorge. Etwa ein Drittel aller Erwerbs-Arbeitsstunden sind Care-Arbeitsstunden.

## Care-Arbeit ist Frauen\*sache

Es wird Gender-Care-Gap genannt: Vor allem Frauen erhalten die soziale Grundversorgung aufrecht, oft unentgeltlich. Im weltweiten Durchschnitt werden Frauen nur für ca. 41 % ihrer Arbeit bezahlt, Männer\* dagegen für 80 %. Extrem hohe Frauenanteile sind die Regel in Kran-

kenpflege (80 %), Altenpflege (mehr als 85 %), Kinderkrankenpflege (86 %), an Grundschulen (89 %), in der Reinigungsbranche (92 %) und in Kindertageseinrichtungen (94 %). Auch in der unbezahlten Care-Arbeit zuhause leisten Frauen\* die meiste Arbeit: beim Einkaufen, Kochen, Putzen, Waschen, Haushalt organisieren, Kinder versorgen/erziehen, bei der Gartenarbeit, beim emotionalen Unterstützen, Angehörige pflegen usw. Ergebnisse verschiedener Studien weisen darauf hin, dass in der Pandemie zwar auch die Väter\* mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen, aber nach wie vor leisten Mütter\* die Hauptlast der Erziehungsarbeit. An den Männern\* geht das mitunter vorbei – im Mai 2020, mit Homeoffice und Homeschooling, titelte die New York Times: „Nearly Half of Men Say They Do Most of the Home Schooling, 3 Percent of Women Agree.“

## Frauen\* kommen nicht zu Wort

Die Medien tragen zu geringgeschätzt und Unsichtbarkeit von Frauen\*arbeit bei – kein Wunder, wenn in den Entscheidersesseln Männer\* sitzen. Nehmen wir exemplarisch die lokale Tagespresse, die Badische Zeitung, Printversion, September–Dezember 2020: Diejenigen Texte, in denen gesellschaftspolitische Themen diskutiert, analysiert und bewertet werden (wie Tagesspiegel, Leitartikel, Kommentar, Essay, Gastbeitrag), sind dort nur zu unglaublich mageren NULL (!) bis 16 % von Frauen\* verfasst! Oder „Buch in der Diskussion“: Es wurden ausschließlich Werke männlicher\* Autoren vorgestellt und besprochen – und das ausschließlich von männlichen\* Redakteuren!

## Care und Klimakrise?

„Care und Klimakrise? Ich sehe da keine Berührungspunkte.“ So eine aktuelle Äußerung von der politischen Bühne, wo leider nicht so gern in Zusammenhängen gearbeitet wird. Was nutzt uns denn Sorgearbeit am Menschen, wenn wir gleichzeitig Natur und Klima schädigen? Schließlich ist die Basis, in und auf der wir wirtschaften, ernten, leben, die Natur. Fürsorge gegenüber der Natur als handlungsleitendes Prinzip ergibt sich allein schon daraus, dass auch der Mensch Teil der Natur ist.

In der Theorie sind sich die meisten einig, dass Klimaschutz wünschenswert ist. In der Praxis jedoch werden Gemeinwohl und öffentliches Interesse nach ökonomischen Indizes definiert, es zählt der Profit, Klima- und Naturschutz fal-

len hinten runter. Es fallen uralte Wälder für den Bau von Autobahnen und Industrieanlagen und Luftfahrtkonzerne erhalten in der Pandemie Milliarden Unterstützung. Umweltzerstörung, Artensterben und eine sich rasant zuspitzende Klimakrise sind die Folgen der Wachstumsökonomie. Unser Wohlstand gründet auf der weltweiten Ausbeutung der Natur wie auch auf der weltweiten Ausbeutung „weiblicher“ Arbeit. Es resultiert Überbelastung sowohl der Individuen wie auch der Ökosysteme. Die Wachstumsökonomie der Industrienationen zerstört damit ihre eigenen Grundlagen: den Reichtum der Natur ebenso wie die Quelle der menschlichen Arbeitskraft.

Im sog. Eisbergmodell der Wirtschaft finden sich beide Bereiche, Natur und Care-Arbeitskraft, in der „Unterwasserwelt“ wieder: Was oben als Spitze sichtbar ist (wertvolle ökonomische Märkte und deren Preise), wäre nicht existent ohne die breite, nicht mitbilanzierte, weil wertlose Basis. Diese Basis besteht aus der Arbeit von Haus- und Familienfrauen\*, der Arbeit im Globalen Süden, aus den Ressourcen der Natur. Oben kann kassiert werden, weil es unten nichts kostet.

## Werdet laut!

Care als Fürsorge- und Beziehungsarbeit sichert das menschliche Grundbedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit. Wir brauchen eine zutiefst selbstverständliche, engagierte Fürsorgehaltung in unserer Gesellschaft, sowohl gegenüber unseren Mitmenschen als auch gegenüber der belebten und unbelebten Natur um uns herum. Fürsorgearbeit braucht viel Kraft, das gilt in der Pflege genauso wie unter Klimaaktivist\*innen oder im Naturschutz. Wer sie leistet, benötigt dafür ausreichend Zeit, Zeitsouveränität und freie Zeit zur Regeneration. Fürsorge als handlungsleitendes Prinzip sowohl für das Wohl der Menschen als auch für Natur und Klima ist permanenter gesamtgesellschaftlicher Auftrag und gehört in den Mittelpunkt von Gesellschaft und Ökonomie. Und weil Care als Fürsorge- und Beziehungsarbeit jede\*n Einzelne\*n betrifft, wollen wir mehr Männer\* in der Sorgearbeit sehen.

**Werdet laut! Streitet für das Klima, streitet für gute Löhne und Arbeitsbedingungen, für Familienzeit und Zeitwohlstand und nehmt Männer\* in die Pflicht – streitet für soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit.**

Unabhängige Frauen Freiburg

<http://www.unabhaengige-frauen-freiburg.de/>

Klimaaktionsbündnis Freiburg e. V.

<https://www.klimaaktionsbueundnis-freiburg.de/>

# „Yes we care. Gesundheit für alle“

Von Gianfranco Rizzuti

Der 29. Juni 2019 war ein warmer Tag, wir waren ohne FFP2-Masken, wir haben uns zur Begrüßung umarmt, wir haben ohne Abstand miteinander diskutiert; es war der Tag der ersten Solidarity-City-Konferenz unter dem Motto „In Vielfalt solidarisch“. Ich habe als Arbeitnehmer\*innenseelsorger teilgenommen und an der Arbeitsgruppe „Yes we care. Gesundheit für alle“ zusammen mit Care Revolution, Linke Liste Solidarische Stadt, Arbeitnehmer\*innen-Seelsorge des Erzbistums Freiburg sowie verschiedenen Einzelpersonen mitgewirkt.

**An diesem Tag waren die Pfleger\*innen noch keine Nationalheld\*innen und niemand hat für ihre Leistungen geklatscht. Die Probleme, die durch die Pandemie jetzt für alle sichtbar geworden sind, bestanden schon damals: ausgedünnte Stellenpläne, Personaleinsparungen, Fachkräftemangel, zunehmender Zeit- und Kostendruck, Überforderung des Pflegepersonals und keine adäquate Bezahlung für seine Leistung.**

Einige der Teilnehmer\*innen der Arbeitsgruppe „Yes we care. Gesundheit für alle“ sind in Kontakt geblieben, neue sind dazu gekommen. Ende 2019 haben wir die Initiative „Faire Pflege“ gegründet, da wir überzeugt davon sind, dass Solidarität nur in Gemeinschaft konkret werden kann.

Denn Pflege lebt von den Ideen der Menschen, die sie gestalten. Deshalb haben wir im Januar 2020 alle Menschen, die in irgendeiner Form an Pflege beteiligt sind, ob privat oder professionell, zu einem ersten Pflegestammtisch eingeladen; über 40 Personen sind unserer Einladung gefolgt. In einem geschützten Raum und in ungezwungener Atmosphäre hatten wir die Möglichkeit, uns auszutauschen und Ideen zu entwickeln. Bei diesem Austausch wurde deutlich, dass sehr viele derjenigen, die in der Pflege tätig sind, damit konfrontiert sind, dass sie ihr Bestes geben und bis zur Erschöpfung arbeiten und es dennoch hinten und vorne nicht für eine wirklich gute Pflege reicht.

**Pflege betrifft uns alle. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege für alle Menschen zu ermöglichen, ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben.**

Aber leider sind wir noch weit von diesem Ziel entfernt. Bei der Pflege geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft, sie gehört zur Daseinsvorsorge und muss dem Gemeinwohl dienen. Sie darf nicht dem Wettbewerb und der Profitlogik unterworfen werden. Derzeit schließt in Deutschland beinahe jeden Monat ein Krankenhaus (2020 sind allein in BW drei geschlossen worden). Die Corona-Pandemie wird dieses Kliniksterben wahrscheinlich noch verstärken, weil



viele Operationen und Behandlungen verschoben werden müssen und somit den Betreibern der Kliniken die Einnahmen wegbrechen. Krankenhäuser müssen aber in neoliberalen Zeiten kostendeckend arbeiten; deshalb betrachten sie die Gesundheitsversorgung vor allem als Kostenfaktor. Das System der Fallpauschalen erhöht diesen Kostendruck.

Das darf nicht sein, da muss entschieden gegengesteuert werden und das wollen wir mit der Initiative „Faire Pflege“ tun. Unser Ziel ist die Vernetzung all derer, die direkt oder indirekt in Pflegeberufen oder in den Pflegewissenschaften arbeiten bzw. von diesen Arbeitsbereichen betroffen sind, aber natürlich auch derer, die Pflege brauchen, um Abhilfe zu schaffen. Wir setzen dabei auf Zusammenarbeit statt auf Konkurrenz. Wir suchen gemeinsam nach Wegen gegen den politisch verursachten Pflegenotstand, gegen die Ökonomisierung und die Sparpolitik in der Pflege. Wir unterstützen die Forderungen des Pflegepersonals nach besseren Arbeitsbedingungen und einer Aufwertung der Pflegeberufe. Wir fordern eine solidarische Finanzierung, z. B. über eine Bürger\*innenversicherung, und die Behebung der Missstände, die im Bereich der Pflege herrschen.

Durch die Pandemie wurden natürlich viele unserer geplanten Aktionen unmöglich, aber trotz des Lockdowns sind wir aktiv geblieben und haben unsere Veranstaltungen in digitaler Form angeboten. Diese wurden sehr gut angenommen und es gab zahlreiche positive Rückmeldungen. Wir werden auch weiter unsere Ziele konsequent verfolgen. Wir hoffen natürlich – wie alle –, dass wir bald wieder die Masken abnehmen und Präsenzveranstaltungen anbieten können.

**Initiative „Faire Pflege“**  
An der Initiative „Faire Pflege“ wirken Einzelpersonen und folgende Organisationen mit:

Kontakt für Info:  
[gianfranco.rizzuti@arbeiterseelsorge.de](mailto:gianfranco.rizzuti@arbeiterseelsorge.de)

## Der richtige Beruf...

Fortsetzung von Seite 1

Das System muss geändert werden, damit mehr Menschen diesen Beruf erlernen und nicht frühzeitig wieder austreten.

Fallpauschalen müssen abgeschafft werden, damit die Arbeitsverdichtung wieder reduziert wird. Gewinne mit Gesundheit und Pflege zu machen, muss verboten werden, damit wir nicht unter ethischen Konflikten leiden und eine bedarfsorientierte Versorgung gewährleisten können. Durch das Verbot, Profite mit Gesundheit zu machen, können auch private Anbieter aus dem Gesundheitswesen zurückgedrängt werden.

Private Arbeitgeber, die oft nicht nach Tarif zahlen, vermeiden außerdem eine betriebliche Rentenversicherung und die wöchentliche Arbeitszeit ist bei ihnen meist höher. Wie fatal! Denn besonders dieser Beruf benötigt ausreichend Zeit zur Regeneration, da die Arbeit emotional und körperlich belastend ist. Einige Pflegenden fordern daher eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Als Landtagskandidatin fordere ich, dass die Tariftreue ausgebaut wird und alle sozialen Berufe deutlich besser entlohnt werden. Mit der Partei DIE LINKE fordere ich 500€ mehr Gehalt für alle Pflegenden. Und es muss gesetzliche Personaluntergrenzen geben.

Pflege ist bedürfnisorientiert. Das System ist profit- und wettbewerbsorientiert. Durch diesen Gegensatz zerbrecen Menschen an diesem System. Und wofür? Damit einige wenige davon profitieren oder weil uns das Gemeinwohl nicht mehr wert ist. Die Bedürfnisse müssen im Zentrum unsere Entscheidungen und Handeln liegen. Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem für ein solidarisches Zusammenleben!

**Imke Pirch (Gesundheits- und Krankenpflegerin, Landtagskandidatin DIE LINKE. Freiburg West, ver.di Mitglied, Mitglied bei den Teamdelegierten, aktiv im Netzwerk Solidarisches Gesundheitswesen Freiburg)**

# Freiburger Aufruf



Wir sind Eltern, Pfleger\*innen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Sozialarbeiter\*innen, pflegende Angehörige sowie Menschen, die sich um die Zukunft sorgen und für alle Menschen ein gutes Leben verwirklichen möchten. Wir kümmern uns um andere und wir benötigen selbst solche Unterstützung. Dabei werden unsere Bedürfnisse ständig ignoriert – keine Zeit, kein Geld, kein Interesse an Care-Tätigkeiten.

Jetzt werden wir laut und fordern: **Platz für Sorge**

**Eine an menschlichen Bedürfnissen orientierte Care-Arbeit gehört ins Zentrum unserer Gesellschaft!**

Die Corona-Pandemie führt uns vor Augen: Es ist höchste Zeit, dass wir als Sorgearbeitende und auf Sorge Angewiesene für uns die notwendige Unterstützung erstreiten. Dafür nehmen wir uns jetzt einen Platz:

**Ein Platz für Sorge.** Damit sich alle an der Sorgearbeit in Familien und Nachbarschaften beteiligen können: **Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit für alle auf maximal 30 Wochenstunden.**

**Ein Platz für Sorge.** Damit die Erde nicht zu heiß wird und wir alle gut auf ihr leben können: **Güterproduktion gemäß der Belastungsgrenzen der Erde.**

**Ein Platz für Sorge.** Damit Menschen in Care-Berufen nach ihren jeweiligen Bedürfnissen ihre Arbeitszeit gestalten können, ohne in (Alters-) Armut leben zu müssen: **Allgemeinverbindliche Tarifverträge für alle Care-Berufe.**

**Ein Platz für Sorge.** Damit die vielen, vor allem migrantischen Betreuer\*innen in Privathaushalten Respekt erfahren: **Gesetzlich geregelte, angemessene Löhne und Arbeitszeiten.**

**Ein Platz für Sorge.** Damit Kinder und Jugendliche, pflegebedürftige und körperlich eingeschränkte Menschen entsprechend ihren Bedürfnissen durch eine unentgeltliche soziale Infrastruktur unterstützt werden: **Erhöhung des Personals in Care-Bereichen und Vergesellschaftung dieser Einrichtungen.**

**Ein Platz für Sorge.** Damit alle Menschen jederzeit auf eine gesicherte Existenz vertrauen können und zwischen Job, Sorgeaufgaben und sozialem und politischem Engagement angstfrei wählen können: **Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens.**

**Ein Platz für Sorge.** Damit auch Geflüchtete gemeinsam leben und füreinander sorgen können: **Recht auf Familiennachzug und Auflösung aller Lager.**

**Ein Platz für Sorge.** Damit in Zukunft Menschen selbst entscheiden können, welche Unterstützung sie benötigen: **Aufbau von überregionalen und kommunalen Care-Räten.**

Darüber hinaus sind unsere Forderungen so vielfältig, wie es unsere Care-Aufgaben sind. Wir wollen euch allen die Möglichkeit geben, eure Sorgen, Ideen und Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Kommt alle und bringt die mit, für die ihr sorgt oder die euch unterstützen.

**Unterzeichner\*innen:** AG Mädchen\* in der Jugendhilfe Freiburg, AK Feministische Theorien Freiburg, Aktion Bleiberecht Freiburg, Arbeitnehmer\*innenseelsorge Breisgau-Schwarzwald-Baar, Arbeitnehmerseelsorge Ortenau, Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) Freiburg, Awareness Team Freiburg, Care Revolution Freiburg, Die Linke – KV Freiburg, Eine Welt Forum Freiburg, Extinction Rebellion Ortsgruppe Freiburg, Feministische Linke (Feli) Freiburg, Feministischer & Frauen\*streik Freiburg, Frauenverband Courage e. V. Ortsgruppe Freiburg, Frauen- und MädchenGesundheitszentrum Freiburg e. V., Freiburger Bündnis für Familie e. V., Freiburger Mietenbündnis, Fridays for Future Freiburg, fz\* Feministisches Zentrum Freiburg e. V., Geburtswohnung Kuckucksnest Freiburg e. V., Grüne Alternative Freiburg (GAF), Grüne Jugend Freiburg, Initiative Faire Pflege Freiburg, Junger DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.) Freiburg, Kritische Mediziner\*innen Freiburg, LEA Watch Freiburg, Linke Liste Freiburg, LocArtista Freiburg, Netzwerk solidarisches Gesundheitswesen Freiburg, Recht auf Stadt Netzwerk Freiburg, Solidarity City Freiburg, Sozialdienst muslimischer Frauen Freiburg (SmF) e. V., Tritta\* – Verein für feministische Mädchenarbeit Freiburg, Unabhängige Frauen Freiburg (UFF), Uni für Alle Freiburg e. V., ver.di Ortsverein Freiburg, Wildwasser e. V. Freiburg. **Wenn Ihr Euch für die Kampagne "Platz für Sorge" interessiert und bei den nächsten Aktionen dabei sein wollt, schreibt an die E-Mail: [platz\\_fuer\\_sorge@riseup.net](mailto:platz_fuer_sorge@riseup.net)**

## Wichtige Adressen in Freiburg

### AG Mädchen\* in der Jugendhilfe Freiburg

Telefon: +49 (0)761-21443822  
Web: [www.ag-maedchen-freiburg.de](http://www.ag-maedchen-freiburg.de)  
E-Mail: [kontakt@ag-maedchen-freiburg.de](mailto:kontakt@ag-maedchen-freiburg.de)

### AK Feministische Theorien Freiburg

Web: [feministische-theorien-freiburg.de](http://feministische-theorien-freiburg.de)  
Facebook: [www.facebook.com/akfemfreiburg](https://www.facebook.com/akfemfreiburg)  
E-Mail: [info@feministische-theorien-freiburg.de](mailto:info@feministische-theorien-freiburg.de)

### Arbeitnehmer\*innenseelsorge Breisgau-Schwarzwald-Baar

Telefon: +49 (0)761/29290 24, [arbeitnehmerseelsorge@seelsorgeamt-freiburg.de](mailto:arbeitnehmerseelsorge@seelsorgeamt-freiburg.de)

### Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (aks)

Web: [aksfreiburg.wordpress.com](http://aksfreiburg.wordpress.com)  
FB: <https://www.facebook.com/AKSFreiburg/>  
E-Mail: [aks-freiburg@gmx.de](mailto:aks-freiburg@gmx.de)

**Frauenverband Courage e.V. Ortsgruppe Freiburg**, Ansprechpartnerin: Karin Baumert  
Tel.: +49 (0)761-56403

### Awareness Team Freiburg

E-Mail: [awareness-fr@riseup.net](mailto:awareness-fr@riseup.net)

### Feministischer & Frauen\*streik Freiburg

Siehe Artikel

### Frauen- und MädchenGesundheitszentrum Freiburg e.V.

Telefon: +49 (0)761/2021590  
Web: [www.fmgz-freiburg.de/](http://www.fmgz-freiburg.de/)  
E-Mail: [info@fmgz-freiburg.de](mailto:info@fmgz-freiburg.de)

### Freiburger Bündnis für Familie e.V

Telefon: +49 (0)761 - 120231 09  
Web: [www.freiburger-buendnis-fuer-familie.de](http://www.freiburger-buendnis-fuer-familie.de)  
E-Mail: [kontakt@fbff.de](mailto:kontakt@fbff.de)

### ver.di Ortsverein Freiburg

Telefon: +49 (0)761 / 2855 0  
[www.suedbadenschwarzwald.verdi.de](http://www.suedbadenschwarzwald.verdi.de)

### Initiative Faire Pflege Freiburg

Siehe Artikel

### fz\* Feministisches Zentrum Freiburg e.V.

Web: [www.fz-freiburg.de](http://www.fz-freiburg.de),  
E-Mail: [info@fz-freiburg.de](mailto:info@fz-freiburg.de)

### Kritische Mediziner\*innen Freiburg

Web: [www.kritmedis.de](http://www.kritmedis.de), [kritmedisfr@riseup.net](mailto:kritmedisfr@riseup.net)

### Junger DBSH (Berufsverband für Soziale Arbeit)

Facebook: [www.facebook.com/Junger.DBSH.Freiburg](https://www.facebook.com/Junger.DBSH.Freiburg)

### Netzwerk solidarisches Gesundheitswesen Freiburg

Web: [sol-ges.de](http://sol-ges.de), [info@sol-ges.de](mailto:info@sol-ges.de)  
Facebook: <https://www.facebook.com/solgesFR>

### Sozialdienst muslimischer Frauen Freiburg (SmF) e.V.,

Telefon: +49 (0)761-76674402  
Web: [freiburg.smf-verband.de](http://freiburg.smf-verband.de)  
E-Mail: [freiburg@smf-verband.de](mailto:freiburg@smf-verband.de)

### Tritta\* – Verein für feministische Mädchenarbeit Freiburg

Telefon: +49 (0)761 / 29 27 508, Web: [www.tritta-freiburg.de](http://www.tritta-freiburg.de),  
E-Mail: [info@tritta-freiburg.de](mailto:info@tritta-freiburg.de)

### Wildwasser e.V. Freiburg

Telefon: +49 (0)76133645,  
Web: [www.wildwasser-freiburg.de](http://www.wildwasser-freiburg.de)  
E-Mail: [info@wildwasser-freiburg.de](mailto:info@wildwasser-freiburg.de)